



## Warum öffentlich-private Partnerschaften nicht funktionieren Die zahlreichen Vorteile der öffentlichen Alternative

(PSI, 18. März 2015) Es gibt einen seltsamen Widerspruch zwischen der Euphorie über die so genannten öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) und den bescheidenen Ergebnissen, die diese Instrumente in den vergangenen 30 Jahren erzielt haben.

Viele Staaten setzen nach wie vor auf öffentlich-private Partnerschaften in der Hoffnung, dass der private Sektor die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen und öffentlicher Dienste übernimmt.

Diese Wunschvorstellungen ziehen sich auch durch die G20-Staaten, die OECD und die laufenden Verhandlungen in den Vereinten Nationen über die Ziele der nachhaltigen Entwicklung, die von den Staats- und Regierungschefs im September 2015 bestätigt werden sollen.

*Die Privatisierung wird immer mehr zu einer offiziellen UN-Politik. Die Erfahrungen mit ÖPP zeigen allerdings, dass das Konzept der Privatisierung auf breiter Front grundlegende Mängel aufweist.*

Der Bericht „Flaws and Failures of Public-Private-Partnerships“ des Internationalen Forschungsinstituts für öffentliche Dienste (PSIRU) bewertet die Erfahrungen, die sowohl in reichen als auch in armen Ländern mit ÖPP gemacht wurden.

Er kommt zu dem Schluss, dass ÖPP eine teure und ineffiziente Finanzierungsmethode für Infrastrukturen und Dienstleistungen sind, da sie die öffentliche Kreditaufnahme verschleiern und der Staat gleichzeitig langfristige Gewinne für Privatunternehmen garantiert.

Die Studie entmystifiziert die wenig greifbaren ÖPP-Prozesse, die in den meisten Fällen von Geheimniskrämerei umgeben sind und im Rahmen geheimer Verhandlungen unter Dach und Fach gebracht werden, um wirtschaftliche Vorteile zu wahren. Es gibt keine öffentlichen Konsultationen, jede Menge falsche Versprechungen und unglaublich komplizierte kommerzielle Dienstleistungsverträge mit dem einzigen Ziel, Unternehmensgewinne zu schützen.

*„Die Staaten und die UN werden in großem Maßstab durch eine mächtige Lobby der größten Dienstleistungsunternehmen, Finanzkonzerne, Consultingunternehmen und Anwaltskanzleien beeinflusst. Deren einziges Ziel besteht darin, Gewinne aus grundlegenden öffentlichen Diensten wie Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung zu erzielen“, sagt dazu Rosa Pavanelli, die Generalsekretärin der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI).*

*„Wir müssen immer daran denken, dass Unternehmen der Privatwirtschaft ihre Gewinne maximieren müssen, wenn sie überleben wollen. Das ist nicht vereinbar mit einem universellen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten besonders für diejenigen, die für diese Gewinne nicht bezahlen können.“*

### Weitere Gefahren

Diese Privatisierungspolitik ist auch im Kontext mit der nächsten Runde der Handelsverhandlungen zu sehen (TiSA, TPP, TTIP, CETA). Auch hier wird heimlich hinter geschlossenen Türen und ohne öffentliche Konsultation verhandelt; die Vereinbarungen werden eingefädelt von Unternehmen und den Staaten, die nach ihrer Pfeife tanzen. Diese Handelsabkommen erleichtern den Abschluss vom ÖPP und zementieren sie - ein nachträglicher Ausstieg wird damit so gut wie unmöglich.

*Eine weitere Gefahr ist die Initiative der Weltbank, der G20, der OECD und anderer, ÖPP zu 'finanzialisieren', um Zugriff auf die Billionen von Dollar zu bekommen, die bei Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften und anderen institutionellen Anlegern zu holen sind.*

media release... communiqué de presse... comunicado de prensa...

Um Zugriff auf diese Gelder zu bekommen, wird den Staaten geraten, eine möglichst große Zahl von ÖPP gleichzeitig auf den Weg zu bringen. Auf diese Weise entsteht ein Pool von Vermögenswerten, der verbrieft und an langfristige Investoren verkauft werden kann. Das exakte Vorbild sind hier die Finanzdienstleister, die nach der Jahrhundertwende Hypothekenforderungen verbrieft und uns damit die globale Finanzkrise 2008 beschert haben.

### **Von London nach Saigon**

David Hall, Autor des Berichts, war Direktor des PSIRU an der *Business School, University of Greenwich*, London. Er hat eine Analyse und einen Vergleich diverser Fälle und Länder durchgeführt, in denen ÖPP nicht das geleistet haben, was ihre Protagonisten vorher versprochen hatten.

Dazu gehören: das gescheiterte Programm von *Transport for London*, die klägliche Leistung des Flughafens von Delhi, die Korruptionsskandale bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten in Chile und die finanziellen Probleme mit dem von der Troika in Portugal durchgesetzten ÖPP-Paket.

So hat zum Beispiel „das Vereinigte Königreich für eine Vielzahl von Gebäuden und Infrastrukturen auf ÖPP gesetzt - Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Schiene, Verteidigung und Regierungsgebäude. In dem Maße, wie durch eine liberale Politik die Regierungsausgaben immer weiter eingeschränkt wurden, kamen immer mehr ÖPP zum Zuge - wie in Europa, wo die EU-Vorschriften die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand auf 3% des BIP begrenzen“, erklärt Hall.

Neuseeland, Australien, Kanada und die USA fingen an, ÖPP als eine Möglichkeit wahrzunehmen, ihre Haushalte auszugleichen, indem sie die Kreditaufnahme verschleierten, der Staat sich überall zurückzog und Unternehmen als Geldgeber belohnt wurden.

In den Entwicklungsländern haben die Entwicklungsbanken, bilaterale Geldgeber und multinationale Unternehmen in den 1990er Jahren die Ausbreitung von ÖPP besonders in der Wasser- und Energiewirtschaft forciert im Zuge der allgemeinen Förderung der Privatisierung. Gleichzeitig bot dies die Möglichkeit der Umgehung der fiskalischen Beschränkungen, die dieselben internationalen Finanzinstitutionen (IFI) den Entwicklungsländern auferlegt haben. Obwohl eine Reihe von Dienstleistungen privatisiert wurde, verbesserte sich die Erbringung dieser Dienste für die BürgerInnen in keiner Weise.

### **Es gibt Alternativen**

Der PSIRU-Bericht schlägt eine öffentliche Alternative zu diesem System vor. Der Staat und kommunale Verwaltungen können auch in Zukunft durch öffentliche Mittel für Investitionen ihre Infrastruktur entwickeln, und Organisationen des öffentlichen Sektors können weiterhin Dienste für die Bürger erbringen. Auf diese Weise kann der öffentliche Sektor eine Reihe von Vorteilen für sich sichern.

Der öffentliche Sektor gewinnt an Flexibilität, Kontrolle und komparativer Effizienz aufgrund geringerer Transaktionskosten, höherer Vertragssicherheit und Größenvorteilen. Es gibt außerdem Effizienzgewinne aufgrund einer demokratischeren Rechenschaftspflicht.

„Öffentliche Dienste stellen ein riesiges Potenzial an Unternehmensgewinnen dar, und ÖPP bieten die Chance, darauf zugreifen zu können. Die 'Kunden' haben keine Versorgungsalternative, da es sich oft um Dienstleistungsmonopole handelt“, kommentiert David Boys, stellvertretender PSI-Generalsekretär.

„Diese Studie ist die Zusammenfassung langjähriger Forschungen und sollte von GewerkschaftsaktivistInnen und besorgten BürgerInnen, aber auch von politischen Entscheidern weltweit genutzt werden.“